

Medienmitteilung

Thema	Die Pläne des Regierungsrats zur Steuervorlage 17 missachten krass den Parlamentsauftrag zur Entlastung des Mittelstands im Einkommenssteuertarif. Korrigiert der Regierungsrat nicht seine Pläne, werden die Grünliberalen die Vorlage bekämpfen. Sie reichen dazu eine Interpellation ein.
Für Rückfragen	Katja Christ, Grossrätin, Präs. Grünliberale BS, Grossrätin, M. 078 698 53 73 David Wüest-Rudin, Grossrat, M. 079 44 812 44
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Postfach 631, 4001 Basel www.bs.grunliberale.ch
Datum	11. Dezember 2017

Letzten Donnerstag wurden von Regierungsrätin Herzog die Vorstellungen des Regierungsrats zur Steuervorlage 17 (SV17) präsentiert. Die Grünliberalen sind verärgert über die dabei präsentierten Eckwerte der Umsetzung in Basel-Stadt bei den natürlichen Personen. Einmal mehr sollen hauptsächlich die Geringverdiener profitieren, während der Mittelstand kaum entlastet oder sogar zusätzlich belastet wird (Teilbesteuerung der Dividenden). Der Parlamentsauftrag zur Senkung des untersten Einkommenssteuertarifs zur Entlastung des Mittelstands wird missachtet. Hingegen wird mit der Erhöhung des Freibetrags ein Anliegen der Linken umgesetzt, welches das Parlament abgelehnt hat. Der Regierungsrat foutiert sich offensichtlich um das Parlament. Die Grünliberalen werden das Paket zur SV17 nur mittragen, wenn wesentliche Anpassungen im Sinne der Motion Werthemann vorgenommen werden. Die Grünliberalen wollen, dass sich der Regierungsrat erklärt und reichen eine Interpellation ein.

Die vom Regierungsrat vorgestellten Pläne zur Steuervorlage 17 (SV17) begünstigen die Geringverdiener, der Mittelstand wird wenig entlastet bzw. zahlt je nachdem sogar mehr (Teilbesteuerung der Dividenden). Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat mit definitiver Überweisung der Motion Werthemann klar den Auftrag erteilt, den untersten Einkommenstarif zu senken. Dies hätte in der Steuervorlage 17 aufgenommen werden müssen. Die linken Parteien hatten noch im Grossen Rat die Motion Wüest-Rudin, welche eine von der SV17 unabhängige Umsetzung der Steuersenkung forderte, mit dem Argument bekämpft, diese Senkung solle in einer Gesamtschau in einem Gesamtpaket zur SV17 umgesetzt werden. Auch der Regierungsrat und explizit die Finanzdirektorin - vertreten durch RR Brutschin - vertraten diese Ansicht. Entsprechend ist es unredlich, wenn nun die Senkung des Steuertarifs nicht im Paket enthalten sein soll.

Im Gegenzug kritisieren wir den Plan, den Freibetrag bei natürlichen Personen zu erhöhen. Dies entspricht dem Anzug Soland, der vom Grossen Rat letzten Herbst abgelehnt wurde, weil damit einmal mehr der Anteil der Leute, die keine Steuern bezahlen, erhöht würde (heute schon Anteil von einem Drittel).

Insgesamt wird der Mittelstand im angekündigten Paket viel zu wenig begünstigt. Im Gegenteil sogar belastet. Die Erhöhung der Teilbesteuerung auf Dividenden auf 80% richtet sich gegen den Mittelstand bzw. mittelständische Unternehmer/-innen, welche eigenes Vermögen im eigenen Unternehmen investiert haben. Wer mindestens 10% Vermögensanteil an einer Firma besitzt kommt in den Genuss der Teilbesteuerung der daraus auszusüttenden Dividenden. Die ist heute bei 50% und soll neu auf 80% erhöht werden. Die kleinen Unternehmerinnen und Unternehmer sollen also wesentlich die Senkung für die Grosskonzerne tragen. Das ist ungerecht und belastet einmal mehr den Mittelstand.

Die Grünliberalen lehnen dieses Paket rundweg ab, von dem der Mittelstand wenig hat oder sogar verliert. Wir bieten nur Hand zu einem Kompromiss, wenn die Regierung im Paket die Umsetzung der Motion Werthemann präsentiert bzw. eine Senkung des untersten Einkommenssteuertarifs vorgeschlagen wird.

Die Grünliberalen fordern in einer Interpellation den Regierungsrat auf, sich dem Parlament zu erklären.